

Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches mit Herrn Außenminister Heiko Maas am 12.09.2018

Organisation

Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP)

Querschnittsthema / Länderthema:

Philippinen

Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:

Mit der Wahl von Rodrigo Duterte zum philippinischen Präsidenten im Mai 2016 verschlechterte sich die Menschenrechtslage im Land dramatisch. Duterte war mit dem Wahlversprechen angetreten, die Drogenkriminalität innerhalb von sechs Monaten ausmerzen und dabei auch auf extralegale Tötungen zurückgreifen zu wollen. Laut Regierung wurden im Zuge des Kriegs gegen die Drogen zwischen dem 1. Juli 2016 (Amtsantritt Duterte) und dem 15. Mai 2018 4.279 Menschen in Polizeioperationen getötet. In diesen Fällen behauptet die Polizei in der Regel, das Opfer hätte sich gegen eine Festnahme gewehrt, legt dafür jedoch keine Beweise vor. Noch höher liegt die Zahl der Tötungen, die anfangs Bürgerwehren (vigilante groups) zugeschrieben wurden. Mittlerweile ist aber in zahlreichen Fällen dokumentiert, dass es sich bei den TäterInnen um PolizistInnen in Zivil oder sogar um von der Polizei bezahlte AuftragsmörderInnen handelt. Insgesamt schätzen Menschenrechtsorganisationen die Zahl der Toten im Krieg gegen die Drogen auf 18.000-20.000 Menschen, wobei ganz überwiegend die städtische Armutsbevölkerung betroffen ist. In seiner Rede zur Lage der Nation am 23. Juli 2018 kündigte Duterte an, dass der Krieg gegen die Drogen bis zum Ende seiner Amtszeit „erbarmungslos“ weitergeführt und dabei Menschenrechtsstandards weiterhin ignorieren werden würden.

Weiterhin gehören die Philippinen zu den Ländern mit den meisten Morden an MenschenrechtsverteidigerInnen weltweit. So wurden alleine 2017 41 UmweltschützerInnen und LandrechtsverteidigerInnen getötet. Seit dem Abbruch der Friedensverhandlungen mit den kommunistischen Rebellen im November 2017 stieg die Zahl der Morde an politischen AktivistInnen stark an. Betroffen sind vor allem die Mitglieder von Gruppen, die das Militär für Tarnorganisationen der kommunistischen New People's Army (NPA) erklärt. Diese sind auch besonders von Kriminalisierung betroffen. Im Februar 2018 veröffentlichte die Regierung eine Liste mit 600 Personen, denen sie – in vielen Fällen fälschlich – vorwirft, Mitglieder der NPA zu sein. Darunter befand sich auch die aktuelle UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte Indigener, Victoria Tauli-Corpuz. Menschenrechtsorganisationen berichten, dass sie verstärkt überwacht und vor allem in den sozialen Medien bedroht werden.

Unter Duterte geraten zudem auch das ohnehin schwache demokratische System und die Medien unter Druck. Mit Senatorin Leila De Lima wurde Dutertes wichtigste politische Konkurrentin unter höchstwahrscheinlich falschen Anschuldigungen verhaftet. Der unabhängigen Medienplattform Rappler, die kritisch über den Krieg gegen die Drogen berichtet, droht ein Lizenzentzug. Schließlich wurde im Mai 2018 die Präsidentin des Obersten Gerichtshofs, ebenfalls eine Kritikerin Dutertes, ihres Amtes enthoben.

Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen:

Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass:

- extralegale Hinrichtungen im Kampf gegen die Drogen unverzüglich gestoppt und alle Fälle von Tötungen mutmaßlicher DrogenhändlerInnen und -abhängiger untersucht werden;
- vom UN-Menschenrechtsrat eine Resolution zu den Philippinen verabschiedet wird, die eine internationale Untersuchungskommission zu den extralegalen Hinrichtungen einsetzt;
- die Handelspräferenzen, die den Philippinen im Rahmen des GSP+-Prozesses gewährt werden, temporär suspendiert werden, bis die extralegalen Hinrichtungen beendet und aufgearbeitet worden sind.